

BESCHLUSS

des 75. Ord. Bundesparteitages der FDP, Berlin, 27. April 2024
(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)

Eine Wirtschaftswende für Deutschland – Priorität für Wachstum, Sicherheit, Innovationen und Aufstiegschancen

Die freie Welt ist in Gefahr. Der russische Angriffskrieg auf die demokratische Ukraine verursacht seit mehr als zwei Jahren jeden Tag unermessliches menschliches Leid. Der bestialische Terrorangriff der Hamas auf Israel hat die freie Welt erschüttert. Noch immer befinden sich zahlreiche unschuldige Geiseln in der Gefangenschaft der Terroristen. Noch immer ist die einzige liberale Demokratie im Nahen Osten täglicher Bedrohung und nahezu täglichem Raketenbeschuss ausgesetzt.

Das demokratische Taiwan ist durch eine zunehmend aggressivere Außenpolitik der Volksrepublik China bedroht. Ein Konflikt hätte enorme Auswirkungen auch auf den internationalen Handel – besonders mit Halbleitern. Auch die Angriffe der jemenitischen Huthi-Rebellen auf Containerschiffe im Roten Meer verschärfen die internationale Lage weiter, indem wichtige Lieferketten beeinträchtigt werden. Diese Konflikte machen eines deutlich: Krieg und Krisen stürzen die betroffenen Volkswirtschaften in Probleme, sorgen für Unsicherheit und schwächen das weltweite Wachstum. Diese Kriege und Krisen, ausbleibendes Wachstum, Abstiegsängste und Sorge um die Sicherheit, werden aber auch zur Gefahr für unsere demokratische Grundordnung. Die liberalen Demokratien sind unter Druck geraten, insbesondere durch Autokratien. Es geht heute mehr denn je um die Verteidigung unserer Werte von Freiheit und Demokratie.

Für uns Freie Demokraten ist deshalb ein Dreiklang aus Frieden, Freiheit und Wohlstand entscheidend. Denn eines ist klar – ohne Wohlstand kann es keine Sicherheit und ohne Sicherheit kann es keinen Wohlstand geben. Wohlstand ist unabdingbar für eine stabile und funktionierende Demokratie. Wirtschaftliche Stärke ist die Voraussetzung dafür, dass eine Demokratie stabil ist. Wirtschaftliches Schrumpfen ist ein Sicherheitsrisiko. Demokratie braucht Sicherheit. Demokratie braucht Aufstiegschancen. Demokratie braucht Wohlstand. **Deutschland braucht die Wirtschaftswende!**

Unser Land ist derzeit nicht wettbewerbsfähig. Die Wirtschaft stagniert wie in keinem anderen Industrieland. Ausufernde Bürokratie, hohe Energiepreise, ein hohes Steuer- und Abgabenniveau sowie akuter Fach- und Arbeitskräftemangel bremsen die deutsche Wirtschaft erheblich aus. Gleichzeitig belastet ein übergroßer Sozialhaushalt die finanziellen Möglichkeiten von Staat und Gesellschaft. Das ist ein Alarmsignal für unseren Wohlstand und das individuelle Aufstiegsversprechen. Die Menschen dürfen aber nicht das Vertrauen darauf verlieren, dass Eigenverantwortung und persönlicher Einsatz einen Unterschied machen. Dass Leistung sich lohnt.

Um unseren Wohlstand und damit auch unsere Freiheit für die Zukunft zu sichern, müssen wir Wirtschaft neu denken. Um ökonomisch wieder an Fahrt aufzunehmen und den Standort zu stärken, brauchen Deutschland und Europa keine bürokratischen und teuren Förderprogramme. Vielmehr

brauchen unsere Wirtschaft und insbesondere unser Mittelstand endlich bessere Rahmenbedingungen: wettbewerbsfähige Energiekosten, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren, entschlossener Rückschnitt von Dokumentations- und Berichtspflichten, konsequente Entlastung bei Bürokratie und Steuern, Zugang zu einem leistungsfähigen europäischen Kapitalmarkt sowie neue Handelsabkommen von Südamerika bis Australien. Kurz: Mehr gute Wirtschaftspolitik und weniger fade Sonntagsreden. Deutschland braucht eine Wirtschaftswende hin zu mehr Wachstum, Fortschritt und Technologieoffenheit! Wir brauchen ein Aufbruchpaket, was über alles hinausgeht, was bisher geplant ist. Darauf werden wir unsere Kraft und unseren Fokus lenken – frei nach Ludwig Erhards Ausspruch *Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts*.

I. Priorität für Wachstum

Unsere Priorität ist eine Wirtschaftswende für Deutschland. Wir müssen den Bürokratie-Burnout mit einem ambitionierten Therapie-Plan bekämpfen, Planungsprozesse beschleunigen, den Arbeitsmarkt flexibler gestalten und Wachstumsimpulse geben. Steuersenkungen und ein konsolidierter Haushalt sind uns Liberalen dabei besonders wichtig.

Die Herausforderungen für unsere Volkswirtschaft werden nicht durch eine Politik umfassender Planung und Subventionierung bewältigt werden können. Detailtiefe und jahrzehntelange staatliche Vorausplanung künftiger Entwicklungen sind gegenüber der Dynamik und dem Ideenreichtum des offenen Wettbewerbs unterlegen. Sie birgt Falschfestlegungen und Ineffizienzen, verengt Möglichkeiten und kostet letztendlich Wohlstand. Die Wirtschaftspolitik muss wieder die Hüterin eines marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens sein. Die Entdeckungs- und Innovationskraft unserer Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft muss entfesselt werden, statt einzelne Technologien vorzugeben oder zu verbieten und bestehende Strukturen zu zementieren.

1. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Kleine und mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und Voraussetzung für einen starken und effizienten Sozialstaat. Kleine und mittelständische Unternehmen schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und tragen in erheblichem Umfang zu unserem Wohlstand bei. Doch die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Mit entschiedenen Maßnahmen wollen wir den mittelständischen Unternehmergeist fördern. Wir müssen die Standortfaktoren wieder verbessern. Subventionen halten wir für das falsche Instrument.

Mit dem Wachstumschancen-, dem Bürokratieentlastungs- und dem Zukunftsfinanzierungsgesetz haben wir bereits wichtige Impulse für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel für eine **Wirtschaftswende** gegeben. Mit dem **Wachstumschancengesetz** entlasten wir insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen in den kommenden Jahren um Milliarden Euro. Es war überfällig, dass CDU und CSU ihre Blockadehaltung im Bundesrat endlich zum Wohle der deutschen Wirtschaft aufgegeben haben. Wir wollen diesen Erfolg fortschreiben und die mit dem Wachstumschancengesetz verbundenen Abschreibungserleichterungen verlängern. Die degressive Abschreibung soll über das Ende des Jahres 2024 hinaus bis 2029 fortgeführt werden. Bei einem Abschreibungssatz von 20 Prozent bedeutet dies für Unternehmen einen Liquiditätsgewinn von mehr als vier Milliarden Euro pro Jahr. Für Anschaffungen, die 5.000 Euro nicht überschreiten, soll es eine Gruppenabschreibung geben. Darüber hinaus soll künftig beispielsweise jedes Gesetzgebungsverfahren in Deutschland und der EU einen **KMU-Test** durchlaufen, der die potentiellen Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kritisch beleuchtet. Durch einen Bürokratie-Stopp, Entlastungen bei Steuern und Energiepreisen, Planungsbeschleunigung und mehr Leistungsgerechtigkeit wollen wir jetzt weitere Wachstumsimpulse geben.

Der **EU-Binnenmarkt** hat Europa zusammenwachsen und Deutschland und die EU wirtschaftlich stark werden lassen. Zu viele bürokratische Gesetze und protektionistische Hürden erschweren es immer mehr Unternehmen, vor allem KMUs, ihr Potential zu entfalten. Eine entschlossene Vertiefung des Binnenmarkts, vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und Digitale Dienstleistungen sowie der Abbau von Bürokratie, Investitionshemmnissen und Innovationsbremsen ist eine europäische Notwendigkeit für Wirtschaftswachstum.

Um die Wirtschaftswende auch auf europäischer Ebene voranzutreiben, braucht es nun dringender denn je einen "European Competitiveness Deal". Analog zu unserem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 brauchen wir verbindliche Zielmarken für die Wettbewerbsfähigkeit bis 2050: wir wollen Wirtschaftswachstum, finanzielle Solidität und strategische Souveränität in kritischen Sektoren in den Fokus rücken.

Digitale Marktplätze und **Online-Plattformen** nehmen eine wichtige Rolle in unserer Volkswirtschaft ein und werden von vielen Verbrauchern genutzt. Allerdings häufen sich die Anzeichen, dass dieser Distributionskanal, z.B. durch Temu, dazu missbraucht wird, Verbraucherschutzstandards und Mehrwertsteuerverpflichtungen zu unterlaufen sowie mit Dumpingpreisen europäische Anbieter aus dem Markt zu drängen. Unter dieser Entwicklung leiden unser Mittelstand und unser Einzelhandel zunehmend. Wir Freie Demokraten lassen nicht zu, dass innovative digitale Vertriebskanäle durch systematischen Missbrauch diskreditiert werden. Deshalb fordern wir die EU auf, digitale Marktplätze in die subsidiäre Haftung für die geschuldete Einfuhrumsatzsteuer und für Schadensersatzansprüche aufgrund von Produktmängeln zu nehmen. Weiterhin dürfen Exporteure, die mittels digitaler Marktplätze direkt an europäische Endverbraucher verkaufen, europäische Standards und Sorgfaltspflichten nicht unterlaufen. Das würde den Normzweck dieser Regulierung geradezu ad absurdum führen! Faire Wettbewerbsbedingungen und Level Playing Field bleiben unabdingbare Voraussetzungen für Freien Handel und offene Märkte zum Wohle unserer Wirtschaft.

Wir Freie Demokraten stehen für fairen, regelbasierten und verantwortungsbewussten **Freihandel** mit einer reformierten Welthandelsorganisation (WTO) als Grundlage. Das gilt umso mehr in Zeiten, in denen Multilateralismus in Frage gestellt wird und Protektionismus und Abschottungstendenzen weltweit zunehmen. Unser Ziel ist eine **Weltfreihandelszone der Demokratien**. Wir wollen einen freien Welthandel auf Basis der WTO-Regeln, und dabei die wirtschaftliche Stärke Deutschlands und der EU nutzbringend einsetzen. Wir fordern darüber hinaus einen neuen Anlauf für ein **Freihandelsabkommen mit den USA** und fordern von der EU-Kommission, den Einsatz für einen transatlantischen Wirtschaftsraum zu einer Priorität ihrer Arbeit zu machen. Auch setzen wir uns weiterhin für einen Abschluss des Freihandelsabkommens mit den **Mercosur-Staaten** ein. Bei der Zusammenarbeit mit den **ASEAN-Staaten** muss das langfristige Ziel eine gemeinsame Freihandelszone mit der EU sein.

Zudem wollen wir ein Freihandelsabkommen mit **Israel** als unserem demokratischen Wertepartner im Nahen Osten und wichtigem High-Tech-Standort auf den Weg bringen, sowie den Abschluss weiterer offener Freihandelsabkommen mit Partnern wie Indien, Indonesien und Thailand vorantreiben. Auch für bilaterale Freihandelsabkommen wie zum Beispiel mit **Indien** oder **Australien** braucht es in den Verhandlungen mehr Pragmatismus seitens der EU, um schneller Abkommen mit wichtigen Partnern abzuschließen.

Grundsätzlich wollen wir auch verstärkt **EU-only statt gemischte EU-Abkommen oder sektorale Abkommen** abschließen, um strategisch wichtige Handelsziele schneller zu erreichen. Wir müssen Abhängigkeiten von autoritären Staaten in kritischen Bereichen abbauen und unsere Lieferketten diversifizieren. Dafür setzen wir uns für den Aufbau nachhaltiger Lieferketten und Rohstoffpartnerschaften mit afrikanischen und südamerikanischen Staaten ein.

Der deutsche und europäische **Arbeitsmarkt** muss **moderner, flexibler und aufstiegsorientierter** werden. Eine generelle Arbeitszeitverkürzung, wie die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, politische Eingriffe zu einer Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro oder starre Wochenarbeitszeiten würden unseren Wohlstand gefährden, Inflation erzeugen und Leistungsträger abstrafen. Wir Freie Demokraten positionieren uns klar gegen solche realitätsfernen Forderungen. Noch keine Volkswirtschaft konnte durch weniger Arbeiten ihren Wohlstand verteidigen.

Wir haben die Chance, unsere Wirtschaft voranzubringen. Die **Mobilisierung neuer Arbeitskraft** ist dafür unabdingbar. Wir müssen den Menschen bessere Möglichkeiten sowie Anreize bieten, von einem Minijob in eine Teilzeit- und von einer Teilzeit- in eine Vollzeitstelle zu wechseln. Wir setzen uns für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit ein. Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und ein verlässliches und ganztägiges bundesweites Betreuungsangebot für Kinder ist dafür zentrale Voraussetzung. Eine dadurch begünstigte höhere Beschäftigungsquote wirkt dem bundesweiten Fachkräftemangel entgegen, stärkt das Rentensystem und wirkt Altersarmut entgegen. Adäquate Betreuungsangebote sind darüber hinaus wichtig für die Attraktivität des Arbeitsmarktstandorts im globalen Wettbewerb um Fachkräfte.

Statt einer täglichen fordern wir eine **wöchentliche Höchstarbeitszeit**. Für Ruhezeiten soll es tarifliche und betriebliche Öffnungsklauseln geben. Die Sonderregelung zur telefonischen Krankschreibung wollen wir überprüfen und ggf. anpassen. Für Spitzenverdiener mit einem Einkommen über 500.000 Euro sollte der Kündigungsschutz gelockert werden.

In absehbarer Zeit werden immer mehr Berufstätige in die Pflege ihrer Angehörigen eingebunden sein. Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule der pflegerischen Versorgung in unserem Land, deswegen setzen wir uns für eine **verbesserte Vereinbarkeit von Vollzeitberufstätigkeit und Pflege** ein. Dazu gehört der Ausbau niedrigschwelliger Betreuungs- und Unterstützungsangebote ebenso wie der von Kurzzeitpflegeplätzen, welche über ein Online-Register einsehbar sind.

Wir wollen zudem das hohe **Potenzial von Menschen mit einer Schwerbehinderung** besser nutzen. Menschen mit einer Schwerbehinderung sind trotz überdurchschnittlich guter Qualifizierung prozentual deutlich schlechter auf dem ersten Arbeitsmarkt vertreten als Menschen ohne Schwerbehinderung. Aktuell bestehende Hemmnisse zur Einstellung von Menschen mit Schwerbehinderung wollen wir weiter abbauen. Bestehende Förderprogramme zur Schaffung von Barrierefreiheit am Arbeitsplatz müssen bürokratieärmer gestaltet werden.

Der **demografische Wandel** belastet Unternehmen und den Staatshaushalt zunehmend. Das Problem verschärft sich noch, wenn schon bald viele Erwerbstätige der sogenannten Babyboomer (Jahrgänge 1955 bis 1969) in Rente gehen. Daher setzen wir uns für einen wirklich **flexiblen Renteneintritt** nach schwedischem Modell, die **Abschaffung der Rente mit 63** für besonders langjährig Versicherte und die **Aktienrente** ein. Damit die private Altersvorsorge attraktiver wird, wollen wir ein förderfähiges Altersvorsorgedepot zulassen. Wir wollen auch die Anreize für den Vorruhestand im Blockmodell reduzieren, bei dem in der ersten Hälfte der Altersteilzeit wie vor der Altersteilzeit weitergearbeitet wird und in der zweiten Hälfte eine Freistellung von der Arbeit erfolgt. Dazu können beispielsweise attraktive Abfindungsregelungen dienen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt nach dem Austritt aus dem Unternehmen weiter zur Verfügung stehen. Hierzu wollen wir das Altersteilzeitgesetz ändern.

Wir wollen arbeitswilligen Arbeitnehmern im rentenfähigen Alter und Arbeitgebern eine für beide Seiten möglichst flexible und **unkomplizierte Form der Weiterbeschäftigung** ermöglichen und das Arbeitsrecht im Hinblick auf die sachgrundlose Befristung für diese Gruppe entsprechend anpassen.

Unseren Unternehmen fehlt es an Arbeits- und Fachkräften. Mit dem **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** haben wir wichtige Schritte zur Bekämpfung des Fachkräftemangels unternommen, etwa indem eine Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems eingeführt wurde. Wir müssen weiterhin den rechtlichen Rahmen so anpassen, dass der Mittelstand zusätzliche **Arbeitskräfte aus dem Ausland** ohne größeren Aufwand anwerben kann. Deutschland muss im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe für den Arbeitsmarkt bestehen. Dazu wollen wir unter anderem die staatliche Prüfdauer für die **Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen** erheblich verkürzen und **Behördengänge in englischer Sprache** anbieten - übrigens europaweit. Behörden müssen schnelle Entscheidungen treffen. Auch **Visaverfahren** zur Arbeitsaufnahme müssen digitaler, einfacher und schneller werden. Visa-Anträge von Bewerberinnen und Bewerbern, die einen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen vorlegen können, sollen nach Ablauf einer Frist automatisch als genehmigt gelten.

Wir müssen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels besonders auch das **inländische Fachkräftepotenzial** aktivieren. Die Größe der in den Ruhestand wechselnden Babyboomer-Jahrgänge verstärkt den Mangel und den Verlust an erfahrenen qualifizierten Arbeitskräften erheblich. Wir müssen Anreize setzen, damit sich Menschen für längeres Arbeiten in Voll- oder Teilzeitarbeit entscheiden – zum Beispiel durch Verzicht auf überflüssige Vorschriften und Anpassung der Steuer- und Abgabenlast. Das bedeutet auch, dass wir Menschen, die aus humanitären Gründen nach Deutschland gekommen sind, schneller in den Arbeitsmarkt integrieren. Wir müssen auch an der Basis ansetzen und die schulische und die berufliche Ausbildung verbessern. Dabei ist für uns die duale Ausbildung von besonderem Wert.

In Deutschland wird zu wenig gegründet und die Innovationskraft nimmt ab. Start-ups sind für den Wirtschaftsstandort von enormer Bedeutung, da sie mit ihren Innovationen neuen Schwung in eine Volkswirtschaft bringen können. Wir stehen für eine **Trendwende in der Gründungs- und Start-up-Politik**. Deshalb haben wir in der Bundesregierung erfolgreich an einer Start-up-Strategie gearbeitet, mit dem **Zukunftsfinanzierungsgesetz** als wesentlichem Baustein. Wir verbessern damit die Bedingungen für Gründungen und Start-ups in Deutschland. Durch einen einfacheren Zugang zu Kapital und mit steuerlichen Verbesserungen bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung machen wir den Start-up-Standort attraktiver. Um die Perspektiven für die Folgefinanzierung zu verbessern, wollen wir ein geeignetes Instrument entwickeln, das an die erfolgreiche European Tech Champions Initiative (ETCI) angelehnt ist. Wir wollen verstärkt private Investitionen in Start-ups mobilisieren und den Venture Capital-Markt in Deutschland attraktiver machen. Darüber hinaus schlagen wir ein **Gründungssemester an Hochschulen** und ein **bürokratiefreies Jahr für Start-ups** vor.

Zudem dürfen Unternehmertum und die Gründung einer Familie keine Gegensätze darstellen. Es darf keinen Unterschied machen, ob man selbstständig oder angestellt ist, wenn es um die Entscheidung für eine Familie geht. Aus diesem Grund wollen wir den **Mutterschutz für Selbstständige** weiter voranbringen.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht einen stetigen, sicheren und schnellen Zugang zu Liquidität. Deutschland muss sich mit Frankfurt am Main als bedeutendes Zentrum des europäischen Finanzbinnenmarktes stärker positionieren. Die nationalen und europäischen Maßnahmen gegen Geldwäsche müssen intensiviert werden, insbesondere durch eine personelle Stärkung der Financial Intelligence Unit (FIU). Wir Freie Demokraten sprechen uns auch auf diesem Gebiet gegen jegliche Übererfüllung („Gold-Plating“) von EU-Vorgaben aus. Die **Aktivierung privaten Kapitals** kann einen wesentlichen Beitrag zur **Erhöhung der Investitionstätigkeit** in Deutschland leisten. Wir müssen den Kapitalmarkt intensiver nutzen, um Wachstum und Innovation zu finanzieren, indem wir die Bedingungen für Banken und andere Finanzinstitute verbessern. Durch die Aktienrente und eine Reform der privaten Altersvorsorge werden wir mehr Kapital für Investitionen generieren und dafür sorgen, dass breitere Schichten von den langfristigen Renditen am Kapitalmarkt profitieren.

2. Bürokratieabbau

Jedes Gemeinwesen braucht Regeln. Doch unser Staat regelt inzwischen mehr als er verwalten kann. Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in unserem Land beklagen einmütig, dass beim Thema Bürokratie die Balance von Kosten und Nutzen nachhaltig gestört ist. Der **ausufernde Bürokratismus** der Merkel-Jahre, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) bis heute auf EU-Ebene fortführt, schwächt Deutschland und Europa zur Unzeit – denn angesichts magerer Wachstumsdaten und zunehmender Rivalität mit autoritären Staats- und Gesellschaftsmodellen kommt es nun um so mehr auf **Tempo und Handlungsfähigkeit** an. Um eine Wirtschaftswende einzuleiten, die Deutschland nach innen und außen stärkt, müssen wir die ausgetretenen Pfade der Bürokratisierung verlassen. Zu lange haben wir noch Steine in den Rucksack gelegt, anstatt uns mit leichtem Gepäck auf den Weg zu machen. Überbordende **Bürokratie kostet uns alle Geld, Zeit und Nerven**. Sie lähmt die Verwaltung, verhindert private Investitionen und verschärft den Fachkräftemangel, indem sie wertvolles Personal auf unproduktive Weise bindet. Die Reduzierung unnötiger Bürokratie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, senkt die Staatsausgaben für die öffentliche Verwaltung und kann das Wirtschaftswachstum in Deutschland fördern. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass der Abbau von Bürokratie es der Politik ermöglicht, die Umsetzung wichtiger Zukunftsprojekte im Bereich der Infrastruktur zu beschleunigen. Wirtschaftswende bedeutet: **nur noch regeln, was wirklich wichtig ist**. Und: Wo die Belastungen den Nutzen überschreiten, setzen wir den Rotstift an.

Mit dem **Meseberger Entbürokratisierungspaket** hat die FDP in der Bundesregierung Anti-Bürokratie-Maßnahmen mit einer **Entlastung von mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr** allein für unsere Unternehmen auf den Weg gebracht. Klar ist aber auch: Das kann nur ein nächster, nicht der letzte Schritt sein. Wir müssen weitere Gesetze abbauen, vereinfachen und entschlacken. Dazu fordern wir - analog zum Jahressteuergesetz - die Einführung eines Jahresbürokratieabbaugesetzes. So bekämpfen wir den Bürokratie-Burnout und bauen jährlich konsequent unnötige Vorschriften ab. An das vierte Bürokratieentlastungsgesetz anknüpfend wollen wir weitere Schriftformerfordernisse und Nachweispflichten vereinfachen.

Voraussetzung für einen wirksamen Bürokratieabbau ist die systematische Erfassung aller Belastungen und ihrer Quellen. Deshalb wollen wir den **Bürokratiekosten-Index** des Bundes auch auf die Länder übertragen. Zudem schlagen wir einen **EU-Bürokratiekostenindex** nach deutschem Vorbild vor – denn fast 60 Prozent der Bürokratie in Deutschland hat heute ihren Ursprung in EU-Gesetzgebung. Umso wichtiger ist, wer in Brüssel das Sagen hat. Wir brauchen mehr von der Freiheit und weniger von der Leyen. Die Bundesregierung hat bereits im Herbst 2022 ein Belastungsmoratorium beschlossen, das aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Schwächephase stärker und verbindlicher umgesetzt werden soll. Wir setzen uns dafür ein, alle politischen Vorhaben systematisch auf Belastungen zu überprüfen und das **Belastungsmoratorium** zu einer **Belastungsgesamtrechnung** weiterzuentwickeln, die gesetzlich verankert wird. Dazu wollen wir einen Bürokratiebelastungs-Abbaupfad fixieren.

Die Übererfüllung von EU-Recht, das sogenannte Gold Plating lehnen wir ab. Wir wollen ein Online-Portal einrichten, in dem Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und andere Vorschläge für den Bürokratieabbau hinterlegen können.

Weniger ist mehr – in Deutschland und Europa. Um **Bürokratiekosten verbindlich und systematisch zu reduzieren**, setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass künftig für jede neue Belastung durch geplante Regelungen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („**One in, two out**“). Das Prinzip soll auch Gesetze mit einmaligem bürokratischen Aufwand sowie Gesetzesvorhaben der Europäischen Union einschließen.

Darüber hinaus brauchen wir einen Rechtsanspruch auf das **Once-Only-Prinzip**. Bürgerinnen und Bürger sollen bestimmte Daten der öffentlichen Verwaltung nur noch einmal und nicht jeder Behörde

einzelnen mitteilen müssen. Das Datenschutzrecht wollen wir für das Once-Only-Prinzip einem Update unterziehen.

Keine Entbürokratisierung ist ohne Digitalisierung möglich. Deswegen haben wir im Bundestag ein ambitioniertes **Onlinezugangsgesetz 2.0** beschlossen, das den Bürgern ein Recht auf digitale Verwaltung einräumt, Unternehmen die Interaktion mit den Ämtern komplett digital ermöglicht und Geburtsfehler der deutschen Verwaltungsdigitalisierung, wie die der mangelnden Standardisierung und Nutzerfreundlichkeit, behebt. Wir setzen uns für eine konsequente Ende-zu-Ende-Digitalisierung, eine interoperable föderale IT-Architektur, sowie ein einheitliches Erscheinungsbild digitaler Verwaltungsleistungen ein. Wir fordern die Union dazu auf, ihre parteitaktisch motivierte Blockadehaltung gegen die Verwaltungsdigitalisierung im Bundesrat und im IT-Planungsrat aufzugeben.

Ursula von der Leyens politisches Flaggschiff, der **European Green Deal**, verursacht in seiner Ausgestaltung erhebliche neue Bürokratie für die Wirtschaft. Das gilt für Richtlinien wie die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) oder die Ecodesign for Sustainable Products Regulation (ESPR). Es ist unerlässlich, bei der nationalen Umsetzung die Berichterstattungspflichten auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Statt immer neue Daten zu sammeln, muss der Staat effizienter die Informationen nutzen, die er bereits hat. Auf EU-Ebene müssen die unter dem "Green Deal" beschlossenen EU-Gesetze in der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments überprüft und die entstandenen bürokratischen Belastungen deutlich zurückgefahren werden. **Guter Umweltschutz geht auch mit weniger Bürokratie.**

Die unverhältnismäßigen Belastungen für den Mittelstand in Deutschland und Europa, die die unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) beschlossene **EU-Lieferketten-Richtlinie** verursacht, lehnen wir Freie Demokraten weiter ab – auch wenn es auf Druck der FDP hin Verbesserungen gegeben hat. Der Aufwand für unsere Wirtschaft und insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen liegt bereits jetzt an der Grenze des Zumutbaren. Wir unterstützen eine europäische Lieferkettengesetzgebung nur, wenn sie zum Schutz von Menschenrechten und Umwelt beiträgt, ohne die Wirtschaft mit neuen bürokratischen Anforderungen zu belasten und Europas Position in der Weltwirtschaft weiter zu schwächen.

Aufgrund der Einigung auf eine europäische Lieferkettenrichtlinie ist das **deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz** bis zum Inkrafttreten der EU-Lieferkettenrichtlinie und bis zu dessen Ersetzung durch das Umsetzungsgesetz der EU-Lieferkettenrichtlinie **vollständig auszusetzen**. Bei der Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie müssen alle Spielräume genutzt werden, um unverhältnismäßige und praxisferne Belastungen für die Wirtschaft zu verhindern. Besser als mit Lieferkettengesetzen dem Rest der Welt einseitig bürokratische Regeln vorzuschreiben, wäre es aber mit einer europäischen Freihandelsagenda gemeinsame Standards mit unseren Handelspartnern zu vereinbaren.

Wir wollen die Kultur des Misstrauens überwinden. Um mehr **Tempo bei Genehmigungsprozessen** zu erreichen, wollen wir statt zeitaufwändiger, wiederkehrender Einzelgenehmigungen bundeseinheitliche gesetzliche Standardisierungen bei Genehmigungsverfahren weiter vorantreiben. Dadurch könnten viele Einzelgenehmigungen entfallen und Investitionen erheblich beschleunigt werden. Dies trifft vor allem für Bauvorhaben im Infrastruktur- und Energiebereich zu, wo wiederkehrende Projekte, wie etwa Mobilfunkmasten oder Brücken, bereits Genehmigungsverfahren erfolgreich durchlaufen haben. Exemplarisch dafür steht die Standardisierung beim Artenschutz zur Beschleunigung von Baumaßnahmen bei Straßen- und Schieneninfrastruktur, die zur Modernisierung unseres Landes schnellstmöglich umgesetzt werden muss. Relevant wäre dies auch für den Wechsel von Energieträgern, dem sogenannten Fuel Switch. Wenn beispielsweise die Umstellung einer Anlage von Gas auf Wasserstoff bereits zertifiziert ist, sollte sie nicht erneut einen aufwändigen Genehmigungsprozess durchlaufen müssen.

Für jeden Genehmigungsvorbehalt des Staates soll gelten: Nach Ablauf einer entsprechenden Frist gelten Anträge bei Behörden, egal ob von Bürgern oder Unternehmen, als genehmigt.

Um mehr und schneller bauen zu können, wollen wir das **Moratorium auch auf den Baubereich ausweiten**. Mithilfe eines digitalen Potenzialflächenkatasters sollen Baupotenziale besser ermittelt werden können. In den Gemeinden sollte das Aufstellen von Bauleitplänen vereinfacht werden. Darüber hinaus wollen wir Rahmengenutzungen verankern. Damit Dachgeschosse schneller ausgebaut oder aufgestockt werden können, wollen wir die zugrundeliegenden Prozesse und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Ausfuhrkontrollverfahren müssen beschleunigt werden. Dafür sollen Fristen für Genehmigungsverfahren des BAFA standardisiert und verkürzt werden. Bestehende Instrumente der Sammelgenehmigung sollen häufiger genutzt werden.

Wir wollen das **Vergaberecht** vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen. Sowohl für Auftraggeber als auch für Auftragnehmer müssen Vergabeverfahren künftig mit weniger Bürokratieaufwand verbunden sein. Wir wollen verschiedene Schwellenwerte anpassen. So soll die Festlegung der Direktauftragsgrenze auf mindestens 10.000 Euro und auf 100.000 Euro von Start-ups erfolgen. Auch auf europäischer Ebene darf das Vergaberecht nicht weiter verkompliziert werden. Die im „Net Zero Act“ vorgesehenen **Vergaberichtlinien für Klimaschutztechnologien** verlangsamen und verkomplizieren die Energiewende in den Kommunen unnötig. Sie müssen in der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments korrigiert werden.

Behörden könnten sich darauf konzentrieren, stärker als bisher bei tatsächlichen Fehlentwicklungen einzugreifen, anstatt misstrauisch viele ordnungsgemäß ablaufende Routinefälle zu prüfen. Mehr Stichproben könnten eine effektivere Alternative zu den ausufernden **Berichts- und Dokumentationspflichten** sein, die in den Unternehmen viel Zeit und Kapital binden. Es ist zu prüfen, welche Berichts- und Dokumentationspflichten abgeschafft werden können. Geplante KMU-spezifische Berichtsstandards in der Nachhaltigkeitsberichterstattung müssen praxistauglich begrenzt werden. Die unter Unions-Führung beschlossene Bonpflicht im Einzelhandel und der Gastronomie wollen wir aufheben.

Die **TÜV-Intervalle für Kraftfahrzeuge** wollen wir verlängern. Die erste Prüfung soll wie bisher nach drei Jahren vorgeschrieben sein, die zweite jedoch erst nach weiteren drei Jahre und dann in zwei-Jahres-Rhythmus.

Der **Datenschutz braucht ein Update**. Denn Datenschutz ist auch Freiheitsschutz. Ein bekanntes Problem ist die unterschiedliche Gesetzesauslegung durch die Aufsichtsbehörden der Länder. Die im Koalitionsvertrag beabsichtigte Stärkung der Datenschutzkonferenz (DSK) muss jetzt rasch umgesetzt werden und die Möglichkeit bindender Beschlüsse durch Änderung des Grundgesetzes geschaffen werden. Darauf aufbauend streben wir die Bündelung der Datenschutzaufsicht an.

Wir begrüßen grundsätzlich eine Stärkung der **Cybersicherheit** durch ein Update von EU-Gesetzgebung (NIS2, Cyber Resilience Act). Die hiermit verbundenen neuen Berichtspflichten mit kurzen Fristen von 24 bzw. 72 Stunden stellen aber gerade KMUs vor unlösbare Herausforderungen, ohne zur Verbesserung der Sicherheit beizutragen. Wir werden die nationale Umsetzung der NIS2-Richtlinie mittelstandsfreundlich ausgestalten und uns auf europäischer Ebene für praxistaugliche Berichtsfristen einsetzen.

Wir Freie Demokraten sprechen uns gegen eine Gesetzesänderung aus, die eine allgemeine, verpflichtende elektronische Regelung für die Arbeitszeiterfassung vorsieht. Eine **generelle und verpflichtende Arbeitszeiterfassung lehnen wir ab**. Betriebliche und einzelvertragliche Vereinbarungen

über Vertrauensarbeitszeit, Homeoffice und mobiles Arbeiten müssen weiterhin möglich sein – auch ohne umfangreichen bürokratischen Dokumentations- und Kontrollaufwand oder gar Haftungspflichten für die Unternehmen.

Wir setzen uns dafür ein, unsere **sozialen Sicherungssysteme einfacher, bürokratieärmer und kosteneffizienter** auszugestalten. Das vielschichtige und verwobene Geflecht von Sozialleistungen wollen wir reduzieren, indem wir Sozialleistungen bündeln, pauschalieren und automatisieren. Nach Geburt eines Kindes muss sich eine durchschnittliche Familie an vier Behörden wenden, um fünf Leistungen zu beantragen. Das bindet unnötig Ressourcen bei allen Beteiligten. Für alle Leistungsberechtigten muss in Zukunft das Once-Only-Prinzip im Mittelpunkt stehen. Sämtliche Digitalisierungspotentiale für eine effiziente Sozialverwaltung müssen gehoben werden.

Im Sinne einer **schlanken öffentlichen Verwaltung** sprechen wir uns weiterhin für eine Begrenzung der Stellenmehrung in der Öffentlichen Verwaltung aus (Stellenmoratorium). Im Bereich der Kernverwaltung, insbesondere in den Ministerien und Behördenleitungen, soll es grundsätzlich keinen Stellenzuwachs geben. Neue Bedarfe sind durch freiwerdende Stellen zu decken.

3. Steuern

Deutschland ist im internationalen Vergleich ein **Hochsteuerland**. Die hohe steuerliche Belastung bedeutet für die Wirtschaft einen Wettbewerbsnachteil und beeinträchtigt die Attraktivität des Standorts Deutschland. Wir wollen die Wirtschaft sowie die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserem Land spürbar entlasten. Die **Unternehmenssteuern** müssen gesenkt werden. Wir fordern, dass die effektive steuerliche Belastung von Unternehmensgewinnen maximal 25 Prozent beträgt. Dazu sollte etwa die Körperschaftssteuer schrittweise reduziert werden. Den **Solidaritätszuschlag** wollen wir **vollständig abschaffen**. Dieser ist in erster Linie zu einer Wirtschaftssteuer geworden, die die Unternehmen auch im europäischen Vergleich stark benachteiligt. Bei der Abschaffung wollen wir in zwei Schritten vorgehen: Zunächst soll der Solidaritätszuschlag auf 3 Prozent gesenkt werden. Die vollständige Abschaffung erfolgt dann im Jahr 2027. Dadurch entlasten wir die Unternehmen sukzessive: um 5,5 Milliarden Euro im kommenden Jahr, um 6,3 Milliarden Euro im Jahr 2026 und ab 2027 schließlich jährlich um 14,5 Milliarden Euro.

Wir wollen das **Steuersystem** durch die Überführung von steuerlichen Ausnahmen in Pauschalregelungen drastisch **vereinfachen** und damit den Verwaltungsaufwand spürbar senken. Dazu streben wir eine umfassende Reform des Steuersystems (vor allem der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer) an. Ziel bleibt ein Steuer- und Abgabensystem aus einem Guss, bei dem die Grenzbelastung Anreize für zusätzliche Beschäftigung bietet.

Leistung und Lust auf Arbeit müssen sich lohnen. Es darf nicht sein, dass Menschen durch die kalte Progression nach einer Gehaltserhöhung real weniger Geld zur Verfügung steht als vorher. Solche heimlichen Steuererhöhungen müssen vermieden werden. Die Steuerbelastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler darf nicht weiter steigen. Für die Jahre 2025 und 2026 muss deshalb ein Inflationsausgleichsgesetz 2.0 beschlossen werden. Dazu gehört auch, dass sich Mehrarbeit auszahlen muss. Wer sich etwas erarbeiten möchte, Überstunden leistet und damit auch zur wirtschaftlichen Dynamik beiträgt, muss am Ende des Tages auch spürbar mehr Geld zur Verfügung haben. Wir wollen **Mehrarbeit** deshalb **steuerlich begünstigen**. Überstunden und ausbezahlte Überstundenzuschläge sollen daher wie Bezüge aus einem Minijob oder besser behandelt werden. Deutschland muss attraktiver für ausländische Fachkräfte werden. Deshalb schlagen wir vor - andere europäische Staaten verfolgen bereits so - dass in den ersten drei Jahren 20, 15 und 10 Prozent des Bruttolohns steuerfrei gestellt wird. Arbeit muss auch über das Renteneintrittsalter hinaus lohnend sein. Dazu wollen wir zum Beispiel steuerliche Maßnahmen ergreifen, um **Arbeit für Rentnerinnen und Rentner finanziell**

attraktiver zu machen. Wir wollen den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung nach Erreichen der Regelarbeitsgrenze streichen. Wenn der oder die Beschäftigte keine freiwilligen Beiträge zur Rentenversicherung leisten möchte, sollte auch der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung nach Erreichen des Renteneintrittsalters entfallen. Wer länger arbeiten möchte, soll dies unter attraktiven Bedingungen auch machen können. So sichern wir wertvolles Know-how älterer Menschen in Zeiten des Fachkräftemangels. Insgesamt wollen wir das Steuerrecht vereinfachen.

Was für fleißige Beschäftigte und erfolgreiche Unternehmer gilt, muss auch für **Selbstständige** gelten. Selbstständige sind Wachstumskatalysatoren. Allerdings wurden sie viel zu lange als Erwerbstätige zweiter Klasse behandelt. Auch für **selbständige Erwerbsarbeit** muss jetzt die Wirtschaftswende eingeleitet werden. Deshalb fordern wir eine grundlegende Reform des Statusfeststellungsverfahrens mit klaren gesetzlichen Positivkriterien für Selbstständigkeit. Darüber hinaus muss sich die Bemessungsgrundlage für die Beiträge zur Krankenversicherung an den vergleichbaren Entgelten von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten orientieren. Wer seltener krank wird, darf nicht mit höheren Krankenversicherungsbeiträgen belastet werden. Schließlich wollen wir einen einkommenssteuerlichen Nachteilsausgleich für Selbstständige einführen, indem wir schwankende Einnahmen über mehrere Jahre so glätten, dass eine höhere Steuerbelastung aufgrund von Auftragschwankungen vermieden wird. Den Versuch über von der Leyens EU-Plattformrichtlinie alle Solo-Selbstständigen mit einer Beweislastumkehr und einer Beschäftigungsvermutung, unter einen Generalverdacht der Scheinselbstständigkeit zu stellen, werden wir in dieser Form in der nationalen Umsetzung unterbinden.

Der **Traum vom Eigenheim** muss für die breite Mitte der Gesellschaft wieder Wirklichkeit werden. Denn Wohneigentum bedeutet Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit im Alter. Durch eine Öffnungsklausel wollen wir Bürgerinnen und Bürger beim Ersterwerb von Wohneigentum entlasten. Wir fordern die Bundesländer auf, dieser Reform zuzustimmen und anschließend die Möglichkeit zu nutzen, die **Grunderwerbsteuer** für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum auf null zu senken. Wir wollen die **Erbchaftsteuer reformieren**. Die Freibeträge sollen erhöht werden. Um der Preisentwicklung auch künftig Rechnung zu tragen, soll der Freibetrag automatisch an die Inflation angepasst werden. Eine Vermögensteuer oder eine Vermögensabgabe lehnt die FDP ab.

4. Haushalt

Der Staat hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem. Er muss mit dem Geld auskommen, das ihm die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verfügung stellen. Dafür sind auch in den nächsten Jahren Anstrengungen erforderlich. **Kluge Haushaltspolitik setzt Prioritäten**, anstatt bei jeder Gelegenheit neue Schulden zu fordern. Schulden kosten kommende Generationen Zukunftschancen und engen Handlungsspielräume ein, insbesondere in Krisensituationen. Allein 2023 musste der Bund rund 40 Milliarden Euro für Zinsausgaben aufwenden. Wir Freie Demokraten steuern mit einer soliden, verantwortungsvollen Finanzpolitik entgegen. Für die FDP ist klar: Die im Grundgesetz verankerte **Schuldenbremse muss eingehalten werden**. Mit der FDP wird es keine Aufweichung oder gar eine Abschaffung der Schuldenbremse geben. Denn sie ist ein Garant für staatliche Handlungsfähigkeit auch in Krisenzeiten. Auch auf europäischer Ebene gilt: Die FDP steht für solide Finanzen. Mit der FDP wird es keinen Einstieg in eine Schuldenunion geben. Eurobonds lehnen wir ab. Vielmehr bedarf es deutlicher Fortschritte bei der Stärkung der europäischen Kapitalmarktunion. Verbriefungen als Brücke zwischen Kredit- und Kapitalmarkt sehen wir dabei als entscheidend an, um privates Kapital zu mobilisieren und öffentliche Haushalte zu schonen.

Die Wirtschaftswende gelingt nur mit einem schlanken, unkomplizierten und funktionierenden Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, den und den Prinzipien der **Verhältnismäßigkeit** und **Subsidiarität** folgt. Daher wollen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wollen wir grundlegend neu ordnen. Jede staatliche Ebene soll möglichst autark für sich entscheiden

können, was sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bewirken möchte. Für die Reform der staatlichen Finanzbeziehungen soll der Grundsatz gelten: Das Geld folgt den Aufgaben.

Prioritäten setzen bedeutet auch, dass der über die Jahre immer weiter angewachsene und leider oftmals ineffiziente Sozialstaat nicht noch weiter anwachsen kann. Die Sozialausgaben machen im Bundeshaushalt 2024 rund 46 Prozent der Gesamtausgaben aus und sind der mit Abstand größte Ausgabenblock. Wir fordern ein dreijähriges **Moratorium für den Sozialstaat**. In den nächsten drei Jahren soll es keine neuen Sozialleistungen geben. Ausgabenprogramme müssen konsolidiert werden. Das Generationenkapital ist der Einstieg in das liberale Projekt der **Aktienrente**. Mit ihr wollen wir die gesetzliche Rente zukunftsfähig machen – auch, indem wir ab Mitte der 2030er Jahre die Rentenbeiträge stabilisieren. Unser Ziel ist ein **Rentensystem, das für alle Generationen dauerhaft stabil finanziert** ist und aus dem die Menschen langfristig auch wieder mehr herausbekommen. Das Rentenpaket II erfüllt aus Sicht der Freien Demokraten derzeit die Anforderungen an Generationengerechtigkeit und langfristige Finanzierbarkeit noch nicht. Weitere Reformen sind daher unausweislich. Wir brauchen Korrekturen oder parallel zu beschließende Gesetzesinitiativen, die baldmöglichst die prognostizierte langfristige Beitragsentwicklung korrigieren. Etwa in den folgenden Bereichen: Wir wollen konkrete Schritte hin zu einer **Aktienrente nach schwedischem Vorbild** mit individuellen Konten und Ansprüchen als Teil des Rentenpakets. Denn durch diese gelingt es nachweislich, die Rentenfinanzen dauerhaft zu stabilisieren, den kapitalgedeckten Teil der Renten mit individuellem Eigentumsschutz zu garantieren und das Rentenniveau langfristig sogar wieder zu erhöhen. Zudem stellen ergänzende rentenpolitische Maßnahmen in der Gesamtbilanz des Rentenpakets Generationengerechtigkeit her, indem sie vermeiden, dass die arbeitende Mitte bald mit einem übermäßigen Anstieg der Rentenversicherungsbeiträge überfordert wird und es so immer weniger Netto vom Brutto und unverhältnismäßige Lohnnebenkosten für die Unternehmen gibt. Wir wollen zum Beispiel den sogenannten Standardrentner bei der Berechnung des Rentenniveaus an die aktuelle Gesetzeslage zum Renteneintrittsalter anpassen und so die bereits bestehende längere Lebensarbeitszeit auch berücksichtigen. Wir fordern die **Abschaffung der „Rente mit 63“**, weil die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte dem Arbeitsmarkt wertvolle Fachkräfte entzieht. Unser Ziel ist, stattdessen einen wirklich **flexiblen Renteneintritt** nach schwedischem Vorbild einzuführen, wo viel mehr Menschen als bei uns freiwillig länger im Erwerbsleben bleiben. Nur durch Maßnahmen wie diese wird das Rentenpaket II in seiner Gesamtheit entsprechend dem Auftrag des Koalitionsvertrages generationengerecht abgesichert und damit zustimmungsfähig.

Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik ermöglicht **Zukunftsinvestitionen**. Mit dem Bundeshaushalt 2024 hat die FDP die höchste Investitionsquote des Bundes seit zehn Jahren erreicht. Finanzielle Stärke bedeutet auch geopolitische Stärke. Es sind erhebliche Investitionen im Bereich der Verteidigung notwendig. Der Finanzmarktzugang für Unternehmen der **Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie** muss sichergestellt und es müssen beste Rahmenbedingungen für diese Industriezweige geschaffen werden. Wir müssen die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und die **Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit deutlich steigern**. Deutschland muss das Zwei-Prozent-Ziel der NATO langfristig und verbindlich einhalten. Denn Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates und Voraussetzung für ein Leben in Freiheit.

5. Energiepreise

Die **Energiepreise** sind ein entscheidender Faktor für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Hohe Energiekosten erhöhen die Produktionskosten und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Wenn es an bezahlbarer Energie mangelt, droht die Produktion zunehmend ins Ausland abzuwandern. Mit einer auf **marktwirtschaftliche Prinzipien** und auf **Technologieoffenheit** ausgelegten Energiepolitik müssen wir im Rahmen der Wirtschaftswende dringend gegensteuern.

Wir setzen uns für ein neues, **marktwirtschaftliches Strommarktdesign** ein, um eine klimaneutrale, sichere und kostengünstige Energieversorgung zu ermöglichen. Im Rahmen der Kraftwerksstrategie wollen wir einen marktwirtschaftlichen Kapazitätsmechanismus entwickeln, der die bestehenden Instrumente bündelt. Damit sollen Biogasanlagen, Laufwasserkraftwerke, Batteriespeicher und weitere in den Wettbewerb treten.

Bei der Preisbildung soll die lokale Verfügbarkeit von Strom eine Rolle spielen. **Energiespeicher** und **Erneuerbare Energien** müssen **im Markt integriert** werden und ohne staatliche Hilfen auskommen. Es müssen Anreize für eine flexible Bereitstellung und Nutzung von Strom geschaffen werden. Wir wollen es Industrie- und Gewerbebetrieben leichter machen, ihre Energiekosten zu senken. Mit sogenannten „Eigenstrom-PPAs“ sollen sie günstigen Strom, der von Steuern, Abgaben und Netzentgelten befreit ist, am Markt beschaffen können - und so gleichzeitig den förderfreien Energiekapazitätszu- bau stärken.

Die **EEG-Förderung** wollen wir **schnellstmöglich beenden**. Speicherkapazitäten müssen ausgebaut und Rahmenbedingungen verbessert werden. Es müssen kurzfristig alle Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen im EEG genutzt werden. Dazu können beispielsweise die Abschaffung der Vergütung von negativen Strompreisen oder die Senkung der Höchstpreise dienen. Wir wollen die **Nutzung der heimischen Energiereserven** ausweiten.

Bei der **Netzentwicklungsplanung** wollen wir den Netzausbau grundsätzlich hinsichtlich Bedarf und Effizienz überprüfen. Dabei spielen auch die Kraftwerkstrategie und kostensparende Technologien wie CCS eine Rolle. So leisten wir einen Beitrag zu sinkenden Netzentgelten und Strompreisen.

6. Infrastruktur

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht eine **moderne und leistungsfähige Infrastruktur**. Unter CDU-geführten Bundesregierungen hat sich Deutschland viel zu lange durch langwierige, ineffiziente und intransparente Verfahren sowie Bürokratie selbst im Weg gestanden. Das ändern wir Freie Demokraten. Wir werden weiter **Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren** machen und den Ausbau bzw. die Sanierung der Infrastruktur vorantreiben. Das gilt für alle Verkehrsträger – von der Straße über die Schiene bis hin zu Wasserstraßen und Radwegen. Unser Ziel ist und bleibt, die Planungs- dauer bei allen Infrastrukturprojekten mindestens zu halbieren. Infrastruktur ist von so entscheidender Bedeutung, dass sie eine hervorgehobene Stellung in unserem Rechtssystem braucht. Wenn Umweltbelange als Vorwand für eine generelle Verhinderung von Infrastrukturvorhaben genutzt werden, obwohl sorgfältige Abwägungen von Umweltaspekten stattgefunden haben, ist das nicht akzeptabel und schadet dem Standort Deutschland.

Infrastrukturinvestitionen wurden jahrzehntelang vernachlässigt. Die Umkehr ist eingeleitet, die Mittel wurden deutlich erhöht und damit ist kurzfristig die Finanzierung gesichert. Vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel dürfen Investitionen in unsere Infrastruktur aber nicht wieder heruntergefahren werden. Deshalb bedarf es neuer, durchhaltbarer Instrumente, um alle Verkehrsträger und die digitale Infrastruktur im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse zukunftsfähig zu machen - dem Wirtschaftsstandort Deutschland angemessen. Dazu muss **privates Kapital** leichter aktiviert werden können; wir sehen in einem Infrastrukturfonds einen privatwirtschaftlichen Hebel, der moderne Rahmenbedingungen für nationale und europäische Investitionen in Deutschland schafft. Der Infrastrukturfonds ist ein Zukunftsfonds für unsere Gesellschaft, unsere Unternehmen und damit für unser aller Wohlstand.

Wertschöpfungs- und Logistikketten müssen auch in Zukunft funktionieren und zugleich die Bürgerinnen und Bürger mobil bleiben können. **Güterverkehre** werden künftig weiter zunehmen. Unsere Infrastruktur muss dieser Herausforderung gewachsen sein. Wir haben deshalb wichtige **Autobahn- und**

Schieneprojekte in das überragende öffentliche Interesse gestellt, sodass diese beschleunigt gebaut werden können. In den nächsten Jahren werden 4.000 Brücken an wichtigen Verkehrskorridoren modernisiert und durch leistungsfähige Neubauten ersetzt. Insbesondere auch das marode Schienennetz muss nach Jahren des Stillstands schnellstmöglich modernisiert werden. Wir haben deshalb eine **Generalsanierung** für ein neues Hochleistungsnetz gestartet, die sich in Zukunft für die Menschen und die Wirtschaft auszahlen wird. Damit die Kapazität der Schiene gesteigert werden kann, digitalisieren wir den Schienenverkehr. Insgesamt muss die Bahn zuverlässiger, pünktlicher und besser werden.

Wir wollen darüber hinaus die **Luftsicherheitsgebühren** mit dem Ziel neu ordnen, dass sich die öffentliche Hand substantiell daran beteiligt. Eine Ausweitung von Nachtflugverboten lehnen wir ab. Ein Verbot von Kurzstreckenflügen würde den **Luftverkehrsstandort Deutschland** ohne jeglichen Klimaeffekt weiter benachteiligen und ist daher ebenfalls abzulehnen.

II. Priorität für Sicherheit und Innovationen

Sicherheit ist die erste Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Dazu sind auch Innovationen in der Verteidigungsindustrie unabdingbar. Zukunftstechnologien made in Germany haben für uns Priorität. Wir wollen mit Technologieoffenheit Innovationskräfte entfesseln, unsere Sicherheit stärken und die Energieversorgung der Zukunft sichern. Mit einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur wollen wir die Chancen digitaler Technologien nutzen – von Künstlicher Intelligenz bis zu 6G.

1. Sicherheit und Verteidigung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der Terrorangriff der Hamas auf Israel haben uns Europäern gezeigt, wie fragil die Sicherheitsarchitektur in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ist. **Deutschland muss endlich verteidigungsfähig werden.** Ohne eine starke Wirtschaft sind die nötigen Lasten nicht zu stemmen. Auch deshalb braucht es eine Wirtschaftswende. Wir müssen die Rahmenbedingungen für unsere Verteidigungsindustrie verbessern.

Wir müssen kontinuierlich in die Bundeswehr investieren und alles dafür tun, dass das **Zwei-Prozent-Ziel der NATO** dauerhaft erreicht werden kann.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht lehnen wir ab. Diese stünde der **Modernisierung der Bundeswehr** im Weg. Stattdessen wollen wir die Reserve stärken und der Bundeswehr endlich erlauben, an Schulen und Universitäten neben den bereits jetzt möglichen Informationsbesuchen für den Dienst in der Bundeswehr zu werben. Den Tag der Bundeswehr wollen wir jedes Jahr mit einem zentralen Festakt in Berlin begleiten, um die Sichtbarkeit der Truppe in der Gesellschaft zu erhöhen.

Wir plädieren für eine **europäische Verteidigungsunion** als Zwischenschritt hin zu einer gemeinsamen **europäischen Armee** als europäischer Pfeiler der NATO. Zudem setzen wir uns für eine engere europäische Zusammenarbeit bei der Fähigkeitsentwicklung, Rüstungsbeschaffung und -kooperation ein. Wir wollen die europäische und deutsche Rüstungsproduktion schnell und effektiv erüchtigen und gleichzeitig durch Harmonisierung und Standardisierung Skaleneffekte nutzen. Dafür befürworten wir die Schaffung abgestimmter Anforderungen und Zulassungsverfahren für europäische Militärausrüstung. Das bedeutet, dass es europaweit Standards geben soll, die gemeinsam definiert und entwickelt werden. Die Anwendung bestehender Ausnahmeregelungen muss dabei von komplexen Begründungen bei der Vergabe befreit werden. Damit werden Verfahren gestrafft und verteidigungsrelevante Kompetenzen und Industrien in Europa gehalten. So entsteht ein funktionierender Binnenmarkt für Rüstungsgüter mit kompatiblen Exportrichtlinien, der den innereuropäischen Kapazitätsaufbau stärkt und außereuropäische Exporte vereinfacht.

Wir benötigen auch eine Zeitenwende bei den Rahmenbedingungen für **Investitionen und Innovationen im Sicherheitsbereich**. Regulatorische Hürden für Investitionen in die Rüstungsindustrie müssen in der EU und in Deutschland abgebaut werden. Dazu gehört, dass Investitionen in die Rüstungsindustrie als nachhaltig eingestuft werden. Die Rüstungsindustrie muss ihre Kapazitäten drastisch steigern. Dazu müssen mit der Industrie langfristige Abnahmegarantien für Munition und wichtige Waffensysteme vereinbart werden. Im Gegenzug muss die Industrie jährliche Produktionskapazitäten garantieren. Das Vorkaufsrecht der Gemeinden darf nicht zulasten der Rüstungsindustrie ausgeübt werden.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) sowie weitere öffentliche Förderinstitutionen, insbesondere für den Start-Up Bereich wollen wir stärker für den Verteidigungssektor öffnen. Die **Sicherheits- und Verteidigungsindustrie** als entscheidender Faktor für die nationale Sicherheit sollte von bestehenden Ausschlusslisten öffentlicher Finanzierungsinstrumente gestrichen werden.

Kooperationen zwischen ziviler und militärischer Forschung müssen erleichtert und die strategische Souveränität Deutschlands in Wissenschaft und Forschung auch in militärischen bzw. sicherheitsrelevanten Aspekten erhöht werden. Dabei sind die Länder gefordert, in ihren Landesgesetzen bestehende **Zivilklauseln abzuschaffen** und mit den Hochschulen in Verbindung zu treten, damit diese bestehende Zivilklauseln streichen. Denn sie stellen einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Forschungsfreiheit dar und sind angesichts der Zeitenwende nicht mehr zeitgemäß.

2. Forschung

In der Forschung setzen wir Freie Demokraten auf **Technologieoffenheit** und behutsame Weichenstellung. So wollen wir die Forschungsförderung noch zielgenauer ausrichten. Spitzenforschung darf nicht ins Ausland abwandern. Unsere Hochschulen brauchen verbesserte Möglichkeiten, durch Anreize Forscherinnen und Forscher im Land zu halten.

Der **Bau eines Fusionskraftwerkes in Deutschland** muss schnellstmöglich Realität werden. Der erste Fusionsreaktor der Welt soll in Deutschland entstehen. **Kernfusion und Wasserstoff** haben das Potential, viele Treibhausgasemissionen einzusparen und eine bezahlbare und zuverlässige Art der Energieversorgung zu werden.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der **Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND)**. Die Agentur muss schneller und agiler werden. Mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz haben wir die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Agentur verbessert. So können die Aufgaben künftig noch unbürokratischer und mit mehr Freiheit erfüllt werden.

Damit Ergebnisse aus unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen schneller und öfter den Weg in unsere Unternehmen und Start-ups finden, wollen wir Innovationsprozesse mit der **Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI)** voranbringen. Denn technologische und soziale Innovationen sind für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Deutschland von essentieller Bedeutung.

Wir Freie Demokraten setzen unsere Hoffnung auch in unsere Ingenieurinnen und Ingenieure. Denn wir sind davon überzeugt, dass globale Herausforderungen wie Hunger, Klimawandel, Krankheiten und Extremwetterereignisse besser durch modernste Technologien bekämpft und abgemildert werden können. Bereits heute ermöglichen moderne biotechnologische Züchtungsmethoden (**Neue Züchtungstechniken**) eine wesentlich schnellere, effizientere und präzisere Entwicklung neuer Pflanzen. Wir dürfen und können es uns einfach nicht erlauben, dass veraltete Regeln verhindern, dass mit den Neuen Züchtungstechniken zeitsparende und sichere Technologien genutzt werden. Wir bekennen uns daher zu modernen biotechnologischen Verfahren.

In **Künstlicher Intelligenz** (KI) sehen wir eine große Chance für unsere Zukunft. KI wird mehr und mehr Teil unseres Alltags. Wenn wir KI entlang unserer Prinzipien einsetzen, können wir zentrale gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel, Gesundheit und Demografie besser bewältigen. Lassen wir der Künstlichen Intelligenz die Routineaufgaben und klugen Köpfen und fleißigen Händen mehr Zeit für das, was Technologien eben nicht können. Von zentraler Bedeutung ist, dass wir KI mit Blick auf die Chancen regulieren und nicht in Verbotsphantasien verfallen. Das Stichwort muss *innovationsfreundliche Regulierung* sein.

3. Energie

Wir müssen die Energieversorgung sowohl international durch **Energiepartnerschaften** als auch durch die Nutzung des **inländischen Potenzials** diversifizieren. Das durch die große Koalition 2016 beschlossene Verbot der Förderung von Schiefergas wollen wir aufheben. Deutschland verfügt über rund 32 Milliarden Kubikmeter Erdgasreserven, die als sicher oder wahrscheinlich förderbar gelten. **Frackingverfahren** sind mittlerweile gut erprobt, verlässlich und mit hohen Umweltschutzstandards vereinbar. So wollen wir die heimische Erdgasförderung ausbauen und damit einen Beitrag zur Absenkung des Erdgaspreisniveaus leisten. Den **Wasserstoffhochlauf** für alle Wertschöpfungsstufen von Wasserstoff wollen wir durch Wasserstoffbeschleunigungsgesetz vorantreiben. Regulatorische Hürden, die einen schnellen Wasserstoffhochlauf behindern, müssen abgebaut werden. Mit internationalen Partnern wie Israel wollen wir Wasserstoffpartnerschaften schließen. Wir wollen darüber hinaus die Chancen von synthetischen Kraftstoffen wie **E-Fuels** nutzen – sowohl als Energiespeicher der Zukunft als auch für den klimafreundlichen Betrieb von Verbrennungsmotoren.

Neue und sichere Technologien der Kernspaltung können mittel- bis langfristig die Erneuerbaren Energien ergänzen. Dazu zählen Kernkraftwerke der neusten Generation und Small Modular Reactors (SMR). Für die **Kernfusion** wollen wir einen modernen und innovationsfreundlichen Rechtsrahmen schaffen, der den geringeren Risiken dieser Technik Rechnung trägt. Unser Ziel ist ein Fusionsgesetz.

Nur echte **Technologieoffenheit im Strommarkt** gewährleistet günstige Preise. So ist abgesichert, dass das jeweils günstigste Angebot die Nachfrage deckt. Aus diesem Grund muss jede Form der Energiegewinnung in Deutschland auch rechtlich zulässig sein. Um das Energieangebot zu erweitern, bedarf es deshalb einer **Reform des Atomgesetzes** mit dem Ziel, **Kernspaltung** und **Kernfusion** vollumfänglich in Deutschland zuzulassen. Das Energiesystem der Zukunft muss aber ohne Subventionen auskommen, deswegen fordern wir sowohl den Ausstieg aus der Förderung Erneuerbarer Energien wie auch den Betrieb aller anderen Erzeugungskapazitäten ohne staatliche Unterstützung oder Subvention im Betrieb. Nur der Markt und dessen Rahmenbedingungen dürfen über den Preis bestimmen.

Um eine Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke, zu ermöglichen, soll - solange notwendig - auf einen Rückbau verzichtet werden. Echte Energiepolitik ist aber nicht nur technologieoffen sondern auch international, deswegen sollte sich die Bundesrepublik Deutschland der von den Vereinigten Staaten von Amerika initiierten Atomallianz anschließen.

Deutschland soll ab 2045 klimaneutral sein. Für einen effektiven Klimaschutz braucht es kein kleinteiliges Mikromanagement, sondern einen **einheitlichen und möglichst globalen Emissionshandel** über alle Sektoren hinweg als Leitinstrument. Die Erfahrungen mit dem europäischen System beweisen, dass dadurch die Klimaziele verlässlicher und kostengünstiger erreicht werden, als mit Verboten und zusätzlicher Bürokratie. Bis 2035 wollen wir die EU-Emissionshandelssysteme ETS 1 und ETS 2 zusammenlegen und die Effizienz damit steigern. Mit der **Reform des Klimaschutzgesetzes** konnten wir wichtige Ziele erreichen. Klimaschutz wird endlich ganzheitlich betrachtet und zur Querschnittsaufgabe der gesamten Bundesregierung. Wir ersetzen die jährlichen, kleinteiligen Sektorziele bei den

CO₂-Einsparungen durch eine mehrjährige vorausschauende Gesamtrechnung. Das ist ein Paradigmenwechsel für mehr Marktwirtschaft und Technologieoffenheit.

Wir werden die **Flottengrenzwerte** ersatzlos abschaffen. Für Exporte fordern wir eine Rückerstattung von CO₂-Kosten. Dadurch wird verhindert, dass Exportpreise durch die CO₂-Bepreisung in Deutschland verzerrt werden.

Negative Emissionen, beispielsweise durch Aufforstung, CO₂-Bindung im Agrarbereich oder durch technische Methoden zur Entnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre, sollen durch kostenlose CO₂-Zertifikate belohnt werden, ohne dass die Gesamtmenge an Zertifikaten ansteigt. Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ sind für den Klimaschutz unverzichtbar. Durch **CCS-Anwendungen** können schwer vermeidbare Restemissionen in Bereichen wie der Zement- und Stahlindustrie eingefangen und unterirdisch gespeichert werden. Ein Rechtsrahmen für den grenzüberschreitenden Handel, den Transport und das unterirdische Verpressen von CO₂ ist ein wichtiger Schritt und setzt Anreize für private Investitionen im Bereich der Negativemissionstechnologien. Auch können CCS-Anwendungen dabei helfen, CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung mit Gaskraftwerken zu vermeiden. Wir wollen die unterirdische CO₂-Speicherung auch an Land zulassen.

Bei der Vergabe von Offshore-Windflächen wollen wir Effizienzgewinne erreichen. Durch stärker an den Preisen ausgerichtete Projektauswahlverfahren wollen wir Bürokratie vermeiden und die Transparenz der Verfahren erhöhen. Gleichzeitig erreichen wir Mehreinnahmen bei Auktionserlösen.

4. Digitalisierung

Schnelle, sichere und stabile Netze sind ein Standortfaktor und eine Voraussetzung für Innovation. Technologien wie **Künstliche Intelligenz** sind ein Gamechanger. Generative KI kann in Deutschland 330 Milliarden Euro zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. Wir sehen vor allem die riesigen Chancen neuer Technologien. Die Nutzung von digitalen Zukunftstechnologien ist nur mit überall verfügbarem, schnellem Internet möglich. Bei der **digitalen Infrastruktur** haben wir die Versäumnisse der Vorgängerregierungen mit Tempo aufgeholt. Dank der Gigabitstrategie liegt die 5G-Abdeckung bei 90 Prozent und es gibt schnelle Fortschritte beim Glasfaserausbau. Doch wir wollen auch die Zukunft des Mobilfunks aktiv mitgestalten und Vorreiter bei der neuen **Mobilfunkgeneration 6G** werden. 6G wird deutlich höhere Geschwindigkeiten, höhere Netzkapazitäten und eine gesteigerte Netzzuverlässigkeit mit sich bringen. Dadurch werden weitreichende Automatisierungen in der Industrie und eine blitzschnelle Datenverarbeitung für das autonome Fahren in Smart Cities möglich.

Daten sind der Rohstoff der Digitalisierung und zukunftsfähiger Geschäftsmodelle. **Globale Datenflüsse** wachsen derzeit um fast 50 Prozent pro Jahr und sind der Antrieb für Innovation. Mit der ersten Strategie für Internationale Datenpolitik soll Deutschland zum datenpolitischen Gestalter werden. Wir fordern eine Abkehr des Prinzips der Datensparsamkeit, hin zu einer innovationsfreundlichen Datennutzung, die im Einklang mit der Wertschöpfung des 21. Jahrhundert steht und dabei die Selbstbestimmung des Einzelnen über seine Daten wahrt. Wir setzen uns weltweit für ein freies und offenes Internet, einen wirksamen Datenschutz und sichere Datenflüsse ein, um digitalen Fortschritt weiter zu ermöglichen. Digitalen Protektionismus lehnen wir ab. Wir wollen Deutschland wieder zu einem ernstzunehmenden Akteur der internationalen Standardisierung machen, indem wir die Arbeit deutscher Unternehmen in Standardisierungsgremien unterstützen.

Cyberkriminalität, Wirtschaftsspionage und Sabotage stellen elementare Bedrohungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft dar. Deutschland muss angesichts der sich weiter verschärfenden Gefährdungslage durch Cyberangriffe, die insbesondere auch von China und Russland ausgehen, wirksame Maßnahmen ergreifen, um seine Resilienz zu erhöhen. Es braucht insbesondere einen **strukturellen Umbau der IT-Sicherheitsarchitektur**. Neben der längst überfälligen Einrichtung eines Bundes-

CISO, der innerhalb der Bundesbehörden für Cybersicherheit sorgt, gehört auch, dass das BSI als zentrale Cybersicherheits-Stelle zusätzliche Kompetenzen im Bund-Länder-Verhältnis erhält und zu einer selbstständigen Bundesoberbehörde heraufgestuft wird. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik muss ein starker, von staatlichen Sicherheitsinteressen unabhängiger Anwalt der **Cybersicherheit** sein. Zudem sollen alle staatlichen Stellen ihre Informationssicherheit verpflichtend, regelmäßig und umfassend auditieren. Wenn staatliche Stellen Kenntnis von Schwachstellen erlangen, muss konsequent und ausnahmslos auf deren Schließung hingewirkt werden. Im Strafrecht werden wir dafür sorgen, dass Sicherheitsforscher und Hacker, die verantwortlich vorgehen und Schwachstellen in guter Absicht aufdecken, diese ohne das Risiko einer Strafverfolgung melden können. Komponenten von Unternehmen, die Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, dürfen nicht in der **digitalen kritischen Infrastruktur** (zum Beispiel 5G-Netz) verbaut werden.

Auch über den Schutz der digitalen Infrastruktur hinaus müssen sich Wirtschaft, Politik und Gesellschaft besser vor dem Abfluss sensibler Informationen schützen. Gerade für kleinere Unternehmen ist die Ausforschung geistigen Eigentums durch staatliche, staatsnahe und private Akteure aus dem Ausland ein gravierendes Problem. Wirtschaftswende bedeutet auch **Wirtschaftsschutz**. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen besser und schneller erkennen können, an welche staatlichen Stellen sie sich bei Spionageverdacht wenden können. Die zuständigen Behörden müssen betroffene Unternehmen zudem proaktiv auf verdächtige Umstände hinweisen.

5. Weltraum

Als Freie Demokraten erkennen wir die **Raumfahrttechnik** als wachsende Zukunftsbranche an und begreifen gleichzeitig Raumfahrt als kritische Infrastruktur, mit allen sicherheitspolitischen Implikationen die das mit sich bringt. Raumfahrt ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie ist schon lange **Treiber für technologische Entwicklung und Innovation**. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht mit Anwendungen aus dem Weltall in Berührung kommen. Wer heute eine Wetter-App öffnet, nutzt damit aktiv Raumfahrtanwendungen. Gerade beim Klimawandel ist die Datenlage über Satellitentechnologie nicht wegzudenken. Dies alles zeigt, wie wichtig Raumfahrt für unsere Infrastruktur geworden ist. Natürlich hat das auch sicherheitspolitische Implikationen. Umso wichtiger ist es, dass wir in Europa bei dieser Zukunfts- und Schlüsseltechnologie souveräner und unabhängiger werden.

Deutschland war und ist eine Raumfahrtnation. Auch heute befinden sich starke Raumfahrtunternehmen und New-Space-Unternehmen in Deutschland, insbesondere im Bereich der Microlauncher. Diesen Bereich der Raumfahrttechnik wollen wir noch weiter fördern. Wir brauchen dafür auch rechtliche Anpassungen. Wir fordern daher ein **Weltraumgesetz**, das Haftungsgrenzen festlegt. International müssen wir uns für einen Weltraumvertrag 2.0 einsetzen, der Nutzungsrechte im Weltraum für alle fair klärt und gleichzeitig Punkte wie Weltraumschrott Reduzierung beinhaltet. In der Weltraumstrategie der Bundesregierung sind dafür erste Schritte genannt. Diese gilt es nun auch anzugehen.

III. Priorität für Aufstiegschancen

Beste Bildungschancen und die Erneuerung des Aufstiegsversprechens haben für uns Priorität. Wir wollen den Bildungsföderalismus reformieren, Schulen digitalisieren und MINT-Bildung sowie Finanzwissen fördern. Wir wollen Erwerbsanreize stärken und Leistung belohnen.

1. Bildung

Bildung ist der **Schlüssel zu Aufstieg und individuellem Vorankommen**. Die Lebenschancen eines Kindes hängen noch immer zu sehr von dem sozialen Umfeld ab, in das es hineingeboren wird. Wir sind überzeugt: Bildungsgerechtigkeit kann hier mehr bewirken als zusätzliche Sozialtransfers. Das Bildungsniveau ist in den vergangenen Jahren gesunken, daher ist der Handlungsbedarf enorm. Viele

wichtige Projekte haben wir bereits angestoßen – darunter das **Startchancen-Programm** und die **BAföG-Reform**. Darauf können und wollen wir uns nicht ausruhen.

Wir müssen die bildungspolitische Kleinstaaterei hinter uns lassen und Standards in der Fläche erhöhen. Deshalb wollen wir den **Bildungsföderalismus in Deutschland grundlegend reformieren**.

Es sind die Kleinsten in unserer Gesellschaft, denen wir den bestmöglichen Start in das Leben ermöglichen wollen. Daher benötigen wir für eine weltbeste Bildung von Anfang an sowie für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein flächendeckendes, qualitativ überzeugendes Angebot von Kindertageseinrichtungen und ergänzenden Bildungsangeboten. Zudem braucht es frühzeitige und **verbindliche Sprachstandserhebungen**. Falls bei Kindern ein Sprachförderbedarf festgestellt wird, müssen vor der Einschulung verbindliche Sprachförderangebote wahrgenommen werden, um ihre Sprachdefizite zu beheben. So können wichtige Grundlagen für den künftigen Lernerfolg der Kinder gelegt werden. Dabei müssen die Kommunen bei der Finanzierung der frühkindlichen Bildung von Bund und Land in angemessener Weise unterstützt werden.

Spitzenforschung und beste Innovationen beginnen oft bereits im Kindergarten. Weltbeste Bildung muss deshalb so früh wie möglich beginnen. Empirische Studien belegen, dass der Erfolg eines Bildungssystems entscheidend von der Qualität **frühkindlicher Bildung** abhängt. Dafür sind **nationale Qualitätsstandards** für die flächendeckende Kindertagesbetreuung notwendig.

Eine Abkehr vom **Leistungsprinzip**, etwa durch das Abschaffen von Schulnoten, halten wir für falsch. Wer Schulnoten abschaffen will, nimmt Schülerinnen und Schülern Erfolgserlebnisse, Leistungsanreize und Möglichkeiten zur Selbsteinschätzung. Wir brauchen mehr individuelle Leistungsförderung statt Konformismus in der Bildung. Statt auf Noten und Leistungsnachweise zu verzichten, brauchen wir bundesweit und so früh wie möglich (spätestens ab der 3. Klasse) Schulnoten auf vergleichbarem, hohem Niveau. Neue und digitale Ansätze von Leistungsnachweisen, beispielsweise Ansätze zur **Gamifikation des Schulunterrichts**, wollen wir unvoreingenommen prüfen und erproben.

Damit wir in Deutschland in Zukunft noch immer die besten Ingenieurinnen und Ingenieure haben, die weltweit gefragte Produkte *made in Germany* entwickeln, müssen wir in der **MINT-Bildung** Fortschritte machen. Fehlender Kompetenzerwerb in Fächern wie Mathematik kostet unsere Kinder Chancen und unsere Volkswirtschaft viel Geld. Deshalb wollen wir bestehende MINT-Förderprogramme weiter ausbauen. Darüber hinaus muss die **ökonomische und finanzielle Bildung** an Schulen dringend verbessert werden. Noch immer gibt es in vielen Bundesländern kein eigenständiges Fach Wirtschaft. Ein Schulfach Wirtschaft sollte auch die wichtigsten Elemente der Wirtschaftswirtschaft, die Grundprinzipien von Angebot und Nachfrage sowie die Wettbewerbstheorie enthalten. Kinder aus gut ausgebildeten Familien haben Kindern aus anderen Verhältnissen so oft etwas voraus, beispielsweise auch wenn es um die private Altersvorsorge geht. Das können wir nicht länger hinnehmen.

Die **Digitalisierung der Schulen** muss mit kraftvoller Unterstützung des Bundes weiter vorangetrieben werden. Dafür benötigen wir bundesweit einheitliche und messbare hohe Qualitätsstandards und ein länderübergreifendes Konzept für digitale Bildung in Deutschland anstelle von Kleinstaaterei. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Schulen und Schulträgern kann helfen, ein gemeinsames Verständnis für dieses Thema zu entwickeln. Darüber hinaus machen wir uns für eine größere **Autonomie** der Schulen stark.

Lehrkräfte müssen bei neuen Medien besser ausgebildet werden, damit sie Schülerinnen und Schülern Wissen bei der **Medienkompetenz** vermitteln können – und nicht umgekehrt. Insbesondere Wissen zu möglichen Auswirkungen der Mediennutzung auf die Leistungen und die psychische Gesundheit sollten künftig eine größere Rolle in den Lehrplänen einnehmen. Dazu bedarf es zielgerichteter

Fortbildungen für die Lehrkräfte. Um in Deutschland endlich eine bessere Gründerkultur und mehr Respekt für Unternehmerinnen und Unternehmer zu etablieren, halten wir es für sinnvoll, solche Biografien häufiger in Lehrmaterialien abzubilden.

Hochschulen müssen zu Bildungshubs werden, die eng mit Wirtschaft und Gesellschaft verzahnt sind. Um das zu erreichen, müssen für Wissenschaftskarrieren gute Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hierzu zählt beispielsweise die Ausweitung der Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen. Es geht nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch um die Möglichkeit zur individuellen Weiterbildung in allen Lebenslagen. Bereits leistungsstarke Schülerinnen und Schüler sollen von den Angeboten von Hochschulen profitieren. Universitäten müssen als Innovationsmotoren ernst genommen werden. Heute ist der Sprung von der wissenschaftlichen Forschung zur marktreifen Technologie keine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist es umso wichtiger, gemeinsame Räume für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung zu schaffen. Auch zwischen **ziviler und militärischer Forschung** müssen wir Synergien heben und etwaige Kooperationsverbote in Kooperationsgebote umwandeln. Die Zeitenwende gebietet diesen Wandel auch an Hochschulen. Unsere Vorbilder sind dabei die USA und Israel.

2. Erwerbsanreize

Wir wollen **Erwerbsanreize steigern**. Denn wer arbeitet muss spürbar mehr Geld zur Verfügung haben, als jemand, der nicht arbeitet. Das **Bürgergeld** muss reformiert werden. Wer seinen Mitwirkungspflichten im Bürgergeld nicht nachkommt und beispielsweise zumutbare Arbeit ohne gewichtigen Grund ablehnt, oder grundlos Termine nicht wahrnimmt, sollte mit einer sofortigen Leistungskürzung von 30 Prozent rechnen müssen. Der **verfassungsrechtliche Spielraum für verschärfte Sanktionen** muss ausgenutzt werden, bis hin zu einer vollständigen Streichung von Leistungen. Auch für Asylbewerber mit Arbeitserlaubnis soll es mehr Mitwirkungspflichten geben und Leistungsminderungen stärker an aufenthaltsrechtlichen Aspekte gekoppelt werden. Die **Zumutbarkeitsregeln** für angebotene Arbeit wollen wir modernisieren. So sollen beispielsweise auch weitere Arbeitswege als zumutbar gelten. Zudem wollen wir die **Bürgergeldberechnung überprüfen**. Bei der Berechnung der Höhe der Grundsicherung (Bürgergeld) wird strikt die regelsatzbezogene Preisentwicklung berücksichtigt. Für das Jahr 2025 ist daher eine Nullrunde zu erwarten.

Wir wollen eine effektive Förderung von Weiterbildungen. Dabei wollen wir aber dezidiert auf bürokratische Regelungen verzichten. Deshalb sollte zum Beispiel die Zertifizierung von Maßnahmen bei der **Beschäftigungsqualifizierung** vereinfacht, outputorientiert ausgerichtet und ausreichend offen für neue und innovative Anbieter ausgestaltet werden. Zumutbare Arbeitsangebote, auch sogenannte Ein-Euro-Jobs, müssen angenommen werden, wenn dem keine gewichtigen Gründe entgegenstehen. Auch wollen wir die **Hinzuverdienstregeln** im Bürgergeld im Zusammenspiel mit Kinderzuschlag und Wohngeld leistungsgerechter gestalten. Denn es existieren noch immer Einkommensbereiche, in denen der Mehrverdienst zu 100 Prozent auf die Sozialleistung angerechnet wird. **Mehrarbeit und Ausdehnung von Teilzeit** muss sich für jede und jeden lohnen. So ermöglichen wir Bürgergeld-Beziehenden, sich aus der Abhängigkeit von staatlicher Hilfe zu lösen und finanziell wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Wir verstärken darüber hinaus die Anstrengungen, geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine Vereinheitlichung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf zwölf Monate begrüßen wir und wir wollen Beschäftigungsverbote für **ausländische Arbeitskräfte in der Zeitarbeit** aufheben. Wir wollen die Zeitarbeit für den Bereich der Fachkräfteeinwanderung und Erwerbzuwanderer öffnen. Insbesondere Mittelständler, die keine Akquise der dringend benötigten Arbeits- und Fachkräfte im Ausland betreiben können, würden von diesem Ansatz profitieren. Die **Westbalkanregelung** wollen wir auf andere Staaten bei bestehendem Migrationsabkommen ausweiten und das Kontingent entsprechend der Reform der Fachkräfteeinwanderung auf 50.000 Menschen verdoppeln.